



Berlin: Merkel-kritischer Lehrer gekündigt



Nur drei Wochen nach Beginn des neuen Schuljahres wurde der Chemielehrer Hendrik Pauli (kl. Foto) am Evangelischen Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin wieder entlassen, unter dubiosen Begründungen. Seine von den Medien besonders herausgestellte AfD-Mitgliedschaft reicht dafür kaum aus, wird von der Schulleitung auch nicht als Grund angeführt:

(Von Sarah Goldmann)

Die Schulleitung des Gymnasiums zum Grauen Kloster sieht sich im Fall des „Bärgida“-Lehrers jedenfalls im Recht. „Wir hatten erhebliche Zweifel an der pädagogischen Eignung“, betonte Stiftungs-Vorstand Olie gegenüber der „Bild“-Zeitung: „Wir stehen für Offenheit und Toleranz und sind gegen Ausgrenzung.“ Außerdem habe Pauli bei den

Bewerbungsgesprächen seine politischen Ansichten verschwiegen. Mit seiner Tätigkeit bei der AfD habe die Kündigung allerdings nichts zu tun, betont die Schulleitung.

1. Tatsächlich, die AfD ist nicht verboten, eine Mitgliedschaft und Funktion in der Partei kann deshalb auch nicht als Kündigungsgrund herhalten, jedenfalls nicht offiziell. Dass die Mitgliedschaft dennoch in den aktuellen Meldungen so betont wird, liegt wohl daran, dass hier der wahre Grund für die Kündigung von den Medien empfunden wird. Und die Merkelsche Kampfpresse unter ihnen wird dies sicher auch gerne als pädagogische Warnung herausstellen, um Nachahmer abzuschrecken.

2. Die ganz irre Begründung ist eigentlich die von der Schule angemahnte „Treuepflicht“ gegenüber dem demokratischen Staat. Da schließt sich einer denen an, der AfD oder Pegida in Berlin, die geltendes Recht und Gesetz ausgeführt sehen wollen, die nach GG 16a, 2, illegale Einwanderer ablehnen und die Durchsetzung geltenden Rechts anmahnen.

Das wird dann von der Schule zur moralischen Position der „Ausgrenzung“ umdefiniert, die jetzt als Verletzung des demokratischen Staates und der Treuepflicht interpretiert wird. Eine moralische Position tritt an die Stelle klarer rechtlicher Regelungen.

Normalerweise könnte und dürfte so etwas niemals funktionieren, da moralische Positionen weitestgehend Privatsache sind und nicht einklagbar. In Deutschland aber existiert das umgekehrte Phänomen: Eine klare rechtliche Regelung, GG 16a, 2 wird ignoriert, und die durch Merkel als absolut gesetzte und auch durchgesetzte bunte Willkommenskultur und „Offenheit“ ist als Quasi-Recht an deren Stelle etabliert worden.

Tragische Ironie der ganzen Geschichte: Ab heute hätte Pauli sich auf die neue Direktive der Kanzlerin bzw. ihres

Innenministers berufen können, der zufolge jetzt Pegida-Positionen vertreten werden dürfen und Illegale nach Afrika zurückgeschickt werden sollen. Die willenslosen Schulfunktionäre würden bei Neueinstellungen also jetzt ihre Kriterien neu ausrichten, so wie es ihre Über-Mutti ihnen gerade erklärt hat, für den Chemie-Lehrer leider zu spät.

3. Zu guter Letzt wird von der Schule der Vorwurf erhoben, dass er seine politischen Ansichten verschwiegen hat, die niemanden etwas angehen. Wie hätte denn das vor sich gehen sollen?

„Ich bin mit ... Jahren bei den Grünen eingetreten und möchte mich hier um die Stelle als Chemielehrer bewerben!“ oder wie sollte das gehen? Hätte Pauli seine politische Einstellung wirklich durchblicken lassen, so hätte man ihm das genauso gut als Verletzung seiner Neutralitätspflicht auslegen können, eine klassische Form von double-bind.

Das heißt konkret, das Gymnasium zum Grauen Kloster suchte nach einem Grund, um ihn loszuwerden und zog ihn dann eben an den Haaren herbei, wo sie ihn fassen konnte. Den wahren, dass der Lehrer sich der Merkelschen Nomenklatura mit ihrem totalitären Macht- und Deutungshoheits-Anspruch verweigerte und nicht einmal als Blockflöte im Konzert mitspielen wollte, den kann man nicht anführen, nicht offiziell, noch nicht.

Kontakt:



Evangelisches Gymnasium zum Grauen Kloster
Schulleiterin: Xenia von Hammerstein (Foto l.)
Salzbrunner Straße 41-47
14193 Berlin
Tel: +49-30-8254011
Fax: +49-30-8254012

E-Mail; schulleitung@graues-kloster.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache, um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise.)